

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 20/041/2012

Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs am 26.11.2012

Zu Punkt 7: Haushalt 2013

Der Vorsitzende ruft das in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Angelegenheiten des ÖPNV fallende Produkt auf. Die Anträge der Fraktionen stehen bei dem Produkt zur Beratung und Beschlussfassung an.

**Produktbereich 12 (Verkehrsflächen und –anlagen/ÖPNV)
Produkt 12.02.01 (Öffentlicher Personennahverkehr ÖPNV)**

Produkt 12.02.01

**Antrag der Fraktion DIE LINKE. (Ziffer 1 der Tischvorlage)
Seite 1126 im Teilergebnisplan**

Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)								
Ansatz (neu)								
Differenz								

Ziel des Antrages der Fraktion DIE LINKE ist es, den öffentlichen Personennahverkehr attraktiver zu gestalten und einen Beitrag zur Reduzierung von CO₂-Emissionen im Verkehr zu leisten.

Daher beantragt die Fraktion DIE LINKE., die Verwaltung mit dem Prüfauftrag zu beauftragen, inwieweit an ausgesuchten Stationen (Knotenpunkten von VRR-RegioBahn-S6-S9) Fahrrad- und E-Bike-Verleihsysteme installiert werden können.

Das Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie gehe in seinen Handlungsoptionen und Handlungsnotwendigkeiten (erstellt im Auftrag des MKULNV) ausführlich auf die Bedeutung der Minderung von CO₂-Emissionen ein und stelle dar, dass der Übergang in eine CO₂-freie Zukunft in Hinblick der neueren klimawissenschaftlichen Erkenntnisse zügig voran getrieben werden müsse. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt sei absehbar, dass die beschlossenen Ziele der Länder für 2020 zur Treibhausgasemissionsminderung nicht ausreichen, um das 40 %-Ziel der Bundesregierung für diesen Zeitraum zu erreichen. Neben dem Ausbau regenerativer Energien sowie der Gebäudesanierung komme auch dem Verkehr eine Schlüsselrolle zu. So hatte der Verkehr im Jahr 2007 einen CO₂-Anteil von 18.1 Prozent an den gesamten CO₂-Emissionen in Deutschland. Folglich müssten auch in diesem Bereich auf allen Ebenen Anstrengungen unternommen werden, um zu einer Reduzierung des CO₂-Ausstoßes beizutragen. Neue Wege müssten beschritten werden.

Daher sollte nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE an ausgesuchten Stationen (Knotenpunkten von VRR-RegioBahn-S6-S9) Fahrrad- und E-Bike-Verleihsysteme installiert werden, um die Attraktivität des ÖPNV zu erhöhen. Betrachte man beispielsweise den S-Bahnhof Wülfrath-Aprath stelle man fest, dass die Kunden lange Wartezeiten in Kauf nehmen müssen, wenn sie auf den Linienbusverkehr angewiesen sind. Hier könnten Fahrrad- und E-Bike-Verleihsysteme die Bereitschaft steigern, vom Individualverkehr auf den Öffentlichen-Personen-Nahverkehr umzusteigen. Das Unternehmen Nextbike biete bereits in Düsseldorf ein solches System an. Die Kosten würden über die Verleihgebühren sowie über Werbung am Fahrradrahmen erwirtschaftet.

Da der VRR bereits Projektpartner von metropolradruhr ist, könnten auch VRR-Kunden im Kreis Mettmann – im Falle einer Ausweitung des Angebotes auf den Kreis - von Tarifvergünstigungen profitieren. Letzteres wäre ein zusätzlicher Anreiz zur Nutzung des ÖPNV und den Erwerb eines VRR-Monatstickets.

KA Switalski und KA Welp bezweifeln die Haushaltsrelevanz des Antrages und die Notwendigkeit, da der VRR bereits die laufenden Pilotprojekte begleitet.

KA Kuchler erläutert daraufhin, dass eine Attraktivierung des ÖPNV sich langfristig positiv auf den Kreishaushalt auswirke.

KA Horzella sieht in dem Antrag keine unmittelbare Aufgabe des Kreises. In den Städten würden bereits Ansätze für derartige E-Bike-Verleihsysteme erarbeitet, daher sei es sinnvoller, den Antrag in die Städte zu transportieren. Im Kreis Mettmann wäre für die Bearbeitung einer solchen Aufgabe eine weitere Planstelle notwendig. Für diese sei seine Fraktion nicht bereit, die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Auch KA Iven bekräftigt, dass keine Mittel für eine solche Planstelle vorhanden seien. Er schlägt vor, das Thema des Antrages in die Bürgermeisterkonferenz weiter zu leiten.

Herr Richter weist darauf hin, dass die Personalressourcen des Sachgebietes 20-32 in der Kämmerei voll ausgelastet seien und keinen Raum für Zusatzaufgaben wie die Entwicklung eines E-Bike Projektes böten. Er sagt aber zu, die andernorts bereits laufenden Pilotphasen zu beobachten und Ergebnisse mitzuteilen. Der Kreis Mettmann sei nicht nur für die Aufrechterhaltung sondern auch für die Verbesserung des ÖPNV zuständig, er sei jedoch derzeit nicht vorrangig Zielgebiet für E-Bike Anbieter. Man werde den Hinweis aber an die Städte weiterleiten und in entsprechenden Fachgesprächen thematisieren.

KA Kuchler zieht daraufhin den Antrag ihrer Fraktion zurück.

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN (Ziffer 2 der Tischvorlage)
Seite 1126, Zeile 16 im Teilergebnisplan**

Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	216.000	216.000	216.000	216.000				
Ansatz (neu)	2.000	2.000	2.000	2.000				
Differenz	218.000	218.000	218.000	218.000				

Ziel des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es, das Sozialticket „mein Ticket“ bekannter zu machen. Dazu beantragt die Fraktion, die Verwaltung mit der Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes zur Information der Bürgerinnen und Bürger über das Angebot des neuen SozialTicket „mein Ticket“ zu beauftragen. Hierfür sollen entsprechende Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

Um das Sozialticket zum Erfolg werden zu lassen sei es unerlässlich, das Ticket bei den möglichen Nutzerinnen und Nutzern bekannt zu machen. Dabei stünden dem Kreis – anders als dem VRR – die erforderlichen Netzwerke und Strukturen zur Verfügung. Die schlechten Erfahrungen beim Bildungs- und Teilhabepaket zeigten, wie unerlässlich eine gute Information ist.

KA Horzella merkt an, das Bekanntmachen des Sozialtickets sei Aufgabe des VRR. Das Angebot werde bereits durch VRR, Verkehrsunternehmen, Städte und Zuarbeit des Kreises ausreichend bekannt gemacht.

KA Iven bezweifelt, dass ein zusätzliches Werbekonzept des Kreises notwendig sei. Es sei ausreichend, das bereits vorhandene Werbematerial des VRR auszulegen.

SB Oexmann erläutert daraufhin, dass es seiner Fraktion tatsächlich nur um die Unterstützung der Arbeit des VRR gehe, nicht um die Erarbeitung eines parallelen Konzeptes.

SB Körner merkt an, aus dem Antrag sei zu lesen, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein eigenes Konzept des Kreises wünsche, dies sei nicht notwendig. Eine Unterstützung der Arbeit des VRR die Werbung für das Sozialticket betreffend sei hingegen durchaus unterstützenswert.

Herr Richter führt aus, dass für ein Konzept zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden müssten. Er sehe ebenfalls keine Notwendigkeit eines von Seiten des Kreises initiierten, gesonderten Konzeptes. Für die Unterstützung der Arbeit des VRR hingegen seien keine Haushaltsmittel notwendig, da die Öffentlichkeitsarbeit anderweitig sichergestellt ist.

SB Oexmann zieht daraufhin den Antrag seiner Fraktion zurück.

In dem Zusammenhang weist Herr Richter darauf hin, dass die Landesmittel für das Sozialticket derzeit für die Städte und Verkehrsunternehmen zwar weiter auskömmlich seien, jedoch nicht für administrativen Aufwand genutzt werden dürfen. Die Ausstellung der Tickets erzeuge jedoch Aufwand, der für die Städte eine freiwillige Leistung darstelle, was gerade in den Haushaltssicherungs- oder Stärkungspaktkommunen äußerst problematisch sei. Somit besteht aktuell noch erheblicher Klärungsbedarf im Zusammenhang mit der Einführung von „Mein Ticket“: Massive Bedenken der städtischen Sozialämter hinsichtlich der zu erwartenden Arbeitsbelastung, kein Hinweis auf eine Rechtsgrundlage im Zusammenhang mit dem Ausfüllen der Berechtigtenausweise, ausstehende Entscheidungen auf ministerieller Ebene zu einem erhöhten personellen und organisatorischen Aufwand sowie zur weiteren Mitwirkung der Jobcenter. Derzeit kann nicht ausgeschlossen werden, dass einzelne Städte sich dem Tarifangebot „Mein Ticket“ weiterhin in der Zuarbeit verweigern werden, obwohl dessen verbundweite Einführung zum 01.01.2013 vorgesehen ist.

GESAMTABSTIMMUNG zum Haushalt:

Beschluss:

Der Ausschuss für Angelegenheiten des ÖPNV nimmt den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2013 – soweit er in seinen Zuständigkeitsbereich fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Entwurf mit den beratenen Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.**